

Italien und Deutschland 1945-2000.

Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur europäischen Einigung

45. Studienwoche des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient
vom 16. bis 20. September 2002

Vom 16. bis 20. September 2002 veranstaltete das Italienisch-Deutsche Historische Institut in Trient die 45. Studienwoche unter der wissenschaftlichen Leitung von Gian Enrico Rusconi (Turin) und Hans Woller (München) zum Thema "*Italien und Deutschland 1945-2000. Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur europäischen Einigung*". Ziel der Studienwoche war es, Momente und Probleme, die das Geschichtsgeschehen beider Länder vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Jahre 2000 gekennzeichnet haben, zu analysieren. Während dieser Zeitspanne hatten die intensiven Beziehungen zwischen den beiden Ländern den Aufbau Europas als gemeinsames Ziel und konnten Momente großer Übereinstimmung und Zusammenarbeit, aber auch der Abkühlung verzeichnen.

Um der Komplexität dieser Periode und ihren politischen, sozialen und kulturellen Dimensionen Rechnung zu tragen, wurde die Studienwoche in sieben Sektionen unterteilt, deren einzelne Referate die spezifischen Probleme der beiden Länder untersuchten oder Vergleiche und Parallelen zogen. Ausgangspunkt dieser Analyse waren die großen Prozesse des politischen Wiederaufbaus der Nachkriegszeit mit ihren europäischen, westlichen und amerikanischen Orientierungen bis zum "Wirtschaftswunder" und der Entfaltung aller wirtschaftlichen und politischen Kräfte beider Länder, die natürlich auch Konflikte und Widersprüche enthielten.

Die Studienwoche wurde mit den Einführungen von **Hans Woller** und **Gian Enrico Rusconi** eröffnet, denen ein ausführliches Referat von **Charles S. Maier** (Harvard) mit dem Titel *Italy-Germany since 1945: Objectives for a Comparative History* folgte. Der Beitrag von C.S. Maier führte eine Reihe von gemeinsamen Elementen, die die Geschichte der beiden Länder in den vergangenen fünfzig Jahren gekennzeichnet haben, auf. Beide Länder hatten erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre nationale Einheit von der regionalen Ebene ausgehend erzielt; in der Zwischenkriegszeit entwickelten sich zuerst in Italien und dann in Deutschland totalitäre Régimes; in der Nachkriegszeit entstanden in beiden Ländern erfolgreiche demokratische Systeme, in denen die Parlamentsparteien, insbesondere die christlich-demokratischen, eine vorherrschende Rolle spielten; der Kalte Krieg zeitigte in beiden Ländern unmittelbare und offensichtliche Effekte; sowohl in Deutschland als auch in Italien verwirklichte sich in den 50er und 60er Jahren das sogenannte Wirtschaftswunder; Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre wurden beide Länder von einer tiefen Krise heimgesucht und vom Terrorismus betroffen.

Die erste Sektion unter dem Thema: *Die innenpolitische Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Italien und Deutschland* begann mit dem Referat von **Thomas SCHLEMMER** (Rom): *Zwischen Weimar und Bonn. Das westdeutsche Parteiensystem 1945 bis 1957*. Thomas Schlemmer behandelte den Aufbau des politischen Systems Westdeutschlands und hob hervor, daß die Erfahrung des Scheiterns der ersten

deutschen Demokratie, die man nicht zuletzt auf strukturelle Schwächen der Verfassungsordnung und die Polarisierung eines ausgesprochen fragmentierten Parteiensystems zurückführte, für die Gründergeneration der Bundesrepublik konstitutiv war. Die Formierung des westdeutschen Parteiensystems nach 1945 vollzog sich im Spannungsfeld zwischen Tradition und Neubeginn. Noch 1949 hielten die vor allem sozialstrukturell zu erklärenden Elemente der Kontinuität und die überwiegend erfahrungsgeschichtlich zu erklärenden Elemente der Diskontinuität die Waage. Dabei ergibt sich für den untersuchten Zeitraum eine klare Zäsur, die von der Bundestagswahl 1953 markiert wird.

Das Referat von **Paolo POMBENI** (Bologna) über *I nodi della stabilizzazione politica in Italia e in Germania 1945-1958* (Die Kernpunkte der politischen Stabilisierung in Italien und Deutschland in den Jahren 1945-1958) untersuchte die Faktoren, die die politische Stabilisierung in Italien und Deutschland gelenkt haben. Es enthielt drei Schlüsselpunkte: Der erste betrifft die sehr begrenzte Politik der Säuberung und der Vergangenheitsbewältigung, die jedoch keine Öffnungen politischer Räume für die besiegten faschistischen Strömungen mit sich brachte. Den zweiten Punkt bildet die Abfassung einer Verfassung. Dies wurde sowohl in Italien als auch in Deutschland von einer Minderheit vollbracht und fand zunächst keine große Anerkennung. Später wurde es jedoch einer der Hauptfaktoren des Aufbaus einer allgemein gebilligten politischen Identität. Der dritte Faktor betrifft den Aufbau des Parteiensystems und hier sind bedeutende Unterschiede zwischen den beiden Fällen zu verzeichnen. Im deutschen System wurden die "Milieu-Parteien" überwunden und es entstand ein neuer Parteientypus nach dem Muster von Kirchheimers "catch-all-party". Die auf die Rolle einer "Kanzlerpartei" und "Spendenpartei" reduzierte CDU/CSU eröffnete den Weg, der später auch, nach Bad Godesberg, von der SPD eingeschlagen wurde. In Italien hingegen setzte sich ein sehr artikuliertes Parteiensystem durch, das die sozio-kulturellen Schichten des Landes widerspiegeln und gleichzeitig dessen Gleichgewicht und Unantastbarkeit schützen sollte. Auch hier wurde die DC mit ihrem Mechanismus einer "Partei der Strömungen" zum Modell. Was die Kommunistische Partei betrifft, muß betont werden, daß auch sie aufgrund ihrer bloßen Repräsentanz gesellschaftlicher Kreise und Komponenten, ohne jegliche revolutionäre Perspektive, zur Stabilisierung beitrug.

Giovanni BOGNETTI (Mailand), dessen Beitrag *La rinascita di due democrazie: convergenze e divergenze delle Costituzioni italiana e tedesca* sich mit dem Thema der Wiedergeburt zweier Demokratien: Übereinstimmungen und Unterschiede der deutschen und italienischen Verfassungen befaßte, hob hervor, daß im Großen und Ganzen die Übereinstimmungen beider Verfassungen die Unterschiede erheblich übertreffen. Es handelt sich in beiden Fällen um Verfassungen, die das Modell des demokratischen, interventionistischen und sozialen Staates beinhalten, das für die westlichen Länder nach dem Untergang des liberalen Staates typisch ist. Beide Verfassungen orientieren sich am Vorbild der bürgerlichen Demokratien der Vorkriegszeit, an Giovanni Giolitti und an der Weimarer Republik. Als eines der divergierenden Elemente hob Giovanni Bognetti insbesondere die Regierungsformen im weiteren Sinne hervor.

Die zweite Sektion behandelte das Thema *Europäisierung und Amerikanisierung*. Mit Blick vor allem auf die 1950er und 1960er Jahre versuchte **Eckart CONZE** (Tübingen) in seinem Vortrag *Der Zusammenhang von Amerikanisierung, Westernisierung und Europäisierung in der internationalen Politik der Bundesrepublik Deutschland* die Analyse der internationalen Politik der Bundesrepublik Deutschland durch die Integration von Ansätzen und Ergebnissen aus der Amerikanisierungs- und insbesondere der Westernisierungsforschung zu ergänzen und sie damit auch von ihren immer noch vorhandenen traditionell diplomatiegeschichtlichen Engpässen zu befreien. Vor diesem

Hintergrund geht es sowohl um den Zusammenhang zwischen der amerikanischen Hegemonie über Westeuropa seit 1945 und den Prozess der Westernisierung als auch um die Außenpolitik der Bundesrepublik und um Grundmuster der deutsch-amerikanischen politischen Beziehungen in diesem Rahmen und ebenfalls um die Rolle von internationalen oder supranationalen Organisationen und Institutionen (NATO, EG) im Zusammenhang mit Verwestlichungsprozessen.

Das Referat von **Jens PETERSEN** (Rom), *Das Bild des Anderen in Deutschland und in Italien in der Nachkriegszeit*, befaßte sich mit Italienbildern in der deutschen Kultur und Deutschlandbildern in der italienischen Kultur - ein altes Thema und zugleich ein relativ neues Forschungsgebiet. Perzeptions-, Stereotypen- und Vorurteilsforschung hat es mit langen Traditionen zu tun. Viele Jahrhunderte gegenseitiger friedlicher wie feindlicher Begegnung haben einen Fundus an Erfahrungen geschaffen, der sich zu Vorurteilen und Feindbildern verdichtet hat. Achsenbündnis, Stahlpakt, gemeinsame Kriegsführung und vor allem die Jahre 1943-45 haben große Kollektiverfahrungen und Traumata geschaffen, die bis heute nachwirken. Urteile über den anderen sind vielfach Projektionen des eigenen nationalen Selbstverständnisses. Selbst- und Feindbilder sind unaufhebbar miteinander verknüpft. Dafür bieten die deutsch-italienischen Beziehungen nach 1945 ein fruchtbares Forschungsfeld.

In seinem Referat über das Thema *Le radici e gli sviluppi dell'europeismo: Sinistra italiana e tedesca a confronto* (Die Wurzeln und Entwicklungen des Europäismus: Die deutsche und italienische Linke im Vergleich) stellte **Aldo AGOSTI** (Turin) eine vergleichende Untersuchung der Entwicklung der politischen Kräfte an, die in Deutschland und in Italien die Geschichte und die Identität der Linken (d.h. jeweils der SPD und der Kommunistischen Partei Italiens) kennzeichneten, wobei er hervorhob, daß im Zeitraum vom Kriegsende bis zur Mitte der 50er Jahre die Rolle der Linken im Bereich der europäischen Initiative viel schwächer und untergeordnet als die der liberaldemokratischen und christdemokratischen Strömungen war. Diese anfängliche Schwäche der Linksparteien findet ihre Erklärung in der Tatsache, daß die europäische Perspektive im Sozialismus zwischen den beiden Kriegen wenig präsent gewesen ist. In den nachfolgenden fünfzehn Jahren, von 1957 bis in die 70er Jahre, glich sich die Lage wieder aus und es konnte eine Annäherung der Linksparteien an die wirtschaftlichen und politischen Projekte funktionalistischer Prägung der ersten Phase des Aufbaus der Europäischen Gemeinschaft beobachtet werden. Der Vortrag wurde von einem Blick auf die letzten zwanzig Jahre des 20. Jahrhunderts beschlossen, während denen - laut Aldo Agosti - eine Umkehrung der Fronten stattfand: die gemäßigte und konservative Rechte zeigte sich der Idee eines politischen starken Europa immer weniger geneigt, während die Mehrheit der Linken den Europäismus zu einem außenpolitischen Punkt der einheitlichen Übereinstimmung werden ließ.

In der dritten Sektion: *Vom «Wirtschaftswunder» zur EU*, hob **Christoph BUCHHEIM** (Mannheim) in seinem Referat zum Thema: *Vom Wirtschaftswunder zur Krise des Wohlfahrtsstaates in Deutschland* hervor, daß die Währungs- und Bewirtschaftungsreform von Mitte 1948 der Katalysator für einen bis Anfang der 70er Jahre anhaltenden Wachstumsboom in Westdeutschland war. Infolgedessen schrumpfte die Arbeitslosigkeit schnell, und der Lebensstandard der Bevölkerung erhöhte sich sehr stark. Eine Mittelstands- und Konsumgesellschaft entstand, die demokratische politische Kultur festigte sich und das liberale Wirtschaftssystem fand große Zustimmung. Obwohl die zeitgenössischen Protagonisten des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft davon ausgingen, daß mit zunehmendem privaten Wohlstand die Notwendigkeit öffentlicher Sozialleistungen abnehmen würde, entwickelte sich ein hypertropher Wohlfahrtsstaat. Dies führte vor allem in den 70er Jahren zu einer rapiden Zunahme der Staatsschuld, was

seinerseits 1982 die bundesdeutsche "Wende" provozierte und zum Sturz der Regierung Helmut Schmidt entscheidend beitrug. Heute, nach einem erneuten Anstieg der Sozialquote infolge der Wiedervereinigung, ist eine Krise des Wohlfahrtsstaats zu konstatieren, gleichzeitig erzwingt die fortschreitende europäische Integration seine Reform.

Es folgten die Referate von **Giorgio MORI** (Florenz) über *Il paese dei miracoli. L'economia italiana fra la celebrazione del centenario dell'Unità e la fine della «Golden Age»* (Das Land der Wunder. Die italienische Wirtschaft zwischen der Hundertjahrfeier der Einheit und dem Ende des «Golden Age») und von **Patrizia BATTILANI** (Rimini) über *L'industria italiana negli anni del miracolo economico: sfide interne ed internazionali* (Die italienische Industrie in den Jahren des Wirtschaftswunders: interne und internationale Herausforderungen).

Die vierte Sektion, die dem Thema *Der Europäismus, die Parteien und die Kirchen. Das Erbe Adenauers und De Gasperis* gewidmet war, wurde von **Francesco TRANIELLO** (Turin) eingeleitet, der über *Civiltà cristiana e civiltà europea: sviluppi e metamorfosi di un'idea nella cultura cattolica italiana tra guerra e dopoguerra* (Christliche und europäische Kultur: Entwicklungen und Metamorphose einer Idee in der katholischen Kultur Italiens zwischen Kriegs- und Nachkriegszeit) referierte. Er befaßte sich in großen Zügen mit der Geschichte der italienischen katholischen Kultur von den 30er Jahren bis zur Nachkriegszeit, wobei er als Interpretationsmuster den Begriff der christlichen Kultur gegenüber dem der europäischen Kultur benutzte. Er bezog sich dabei auf einen im November 1948 von De Gasperi gehaltenen Vortrag über "Die moralischen Grundlagen der Demokratie", in welcher der Begriff "Civiltà" im politischen Sinn und im Zusammenhang mit bedeutenden europäistischen Anhaltspunkten ausgiebig zur Anwendung kam. Traniello führte weiterhin eine Reihe von Bedeutungen auf, die dem Begriff "christliche Kultur" im Bereich der katholischen Kultur zugeordnet wurden und stellte Betrachtungen über die Metamorphosen der Idee der christlichen Kultur in Bezug auf die vom Zweiten Weltkrieg verursachten radikalen Veränderungen an. Der Vortrag befaßte sich schließlich mit der Wiederbelebung der Idee der eminenten Rolle Italiens als Sitz des Papsttums und "katholischer Nation" in der neuen christlichen Kultur in direkter Gegenüberstellung zur "neuen kommunistischen Ordnung".

In seinem Referat über *Das Erbe Adenauers* hob **Hermann GRAML** (München) eingangs hervor, daß Konrad Adenauer als Staatsmann vor allem mit drei Leistungen in die Geschichtsbücher gehört: Erstens mit der Integration der aus den drei westlichen Besatzungszonen entstandenen Bundesrepublik Deutschland in die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Allianzsysteme, die nach dem Zweiten Weltkrieg unter amerikanischer Lenkung das Gros der nichtkommunistischen Staaten Europas verbanden. Zweitens wird Adenauer als der Promoter der deutsch-französischen Verständigung gesehen und drittens als der führende deutsche Protagonist einer Politik, mit der er, im Verein mit kongenialen Partnern wie Alcide De Gasperi und Robert Schuman, das Fundament eines wirtschaftlich und politisch geeinten Europas gelegt habe. Der Erfolg und die Weitsichtigkeit der Politik Adenauers erklärt sich durch die Tatsache, daß die europäische Perspektive sowohl in Adenauer (hauptsächlich im Hinblick auf die Überwindung des Konflikts mit Frankreich) als auch in den katholischen Zentrumsparteien bereits in den 20er Jahren bestanden hatte.

Diese Beobachtung wurde von **Maddalena GUIOTTO** in ihrem Vortrag über: *La tradizione europeista dei partiti cristiano-democratici* (Die europäistische Tradition der christdemokratischen Parteien) wiederaufgegriffen, um die politische Dominanz der christdemokratischen Parteien im kontinentalen westlichen Europa nach 1945 und ihre entscheidende Rolle bei der Verwirklichung

der grundlegenden Elemente des westeuropäischen Systems zu erklären. Die CDU-CSU und die Democrazia Cristiana waren vom Ende der 40er Jahre bis zur Mitte der 50er Jahre die Protagonisten einer Phase des tiefen Einvernehmens, einer "Beziehung auf gleicher Ebene" zwischen Deutschland und Italien, die auf einer Situation paralleler geschichtlicher Vorgänge und politischer Zusammenhänge zwischen den beiden Ländern begründet war und von der Idee beherrscht wurde, daß Europa Deutschland und Italien Europa benötigte. Die Beziehungen zwischen Deutschland und Italien verstärkten sich insbesondere im Bereich der Frage der deutschen Wiederaufrüstung und des Aufbaus einer europäischen Armee und waren von der Gedankenaffinität Adenauers und De Gasperis geprägt.

Die fünfte Sektion war dem Thema *Geschichte und Erinnerungskultur als Katalysatoren der Entstehung einer postnationalen Identität* gewidmet. In seinem Referat *Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland 1945-2000* führte **Norbert FREI** (Bochum) aus, daß trotz der ausgeprägten Bereitschaft zum selbstkritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit, die vielen in- und ausländischen Beobachtern als ein besonderes Merkmal der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland gilt, beträchtliche Unsicherheit über die Anfänge dessen, wofür man im Deutschen den Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ gefunden hat, herrscht. In seinem Überblick über die mehr als fünf Jahrzehnte lange Geschichte des Umgangs mit der NS-Vergangenheit in Deutschland schlägt Frei eine Periodisierung vor, die insgesamt vier Phasen unterscheidet: 1. die *Phase der Säuberungspolitik* seit 1945 bis zum Ende der unmittelbaren Besatzungsherrschaft 1949; 2. die *Phase der Vergangenheitspolitik* seit Gründung der Bundesrepublik mit Schwerpunkt in der ersten Hälfte der 50er Jahre; 3. die *Phase der „Vergangenheitsbewältigung“* der 60er und 70er Jahre; die *Phase der Vergangenheitsbewahrung* seit den 80er Jahren.

In seinem Referat *I tedeschi e il nazismo nel giudizio italiano dal dopoguerra (Die Deutschen und der Nazismus im Urteil der Italiener von der Nachkriegszeit bis heute)* vertritt **Filippo FOCARDI** (Florenz) die These, daß das bis heute von der italienischen öffentlichen Meinung vertretene Urteil über den Nazismus und das Verhältnis der Deutschen zu letzterem immer noch stark von der Bewertung des Nazismus seitens der antifaschistischen Kultur der Jahre 1943-1947 geprägt ist. Man denke hier an die von Benedetto Croce formulierte Gegenüberstellung "Faschismus-Paranthese und Nazismus-Offenbarung", die auch die katholische und marxistische Kultur beeinflusste und an jene Interpretation der Vergangenheit, die zur Vermeidung eines strafenden Friedensvertrags die Verdienste der Italiener an der Seite der Alliierten im Kampf gegen die Deutschen hervorhob und ihre Verantwortung im Achsenkrieg an der Seite Hitlers verheimlichte. Aus dieser Interpretation geht auch das Bild des "bösen Deutschen", des grausamen und gewalttätigen "barbarischen Feindes" hervor, dem das Bild des "guten Italieners", der gegen den Krieg war, gegenübergestellt wird. Das damals von der antifaschistischen Kultur über die Deutschen und den Nazismus gefällte Urteil war demnach eng mit der Meinung über die Italiener und den Faschismus verbunden. Laut Focardi hat dieser Vergleich zwischen Faschismus und Nationalsozialismus in der öffentlichen Meinung Italiens bis heute eine Anerkennung der von deutscher Seite unternommenen Anstrengungen, mit der nationalistischen Vergangenheit abzurechnen, verhindert und in Italien die Bildung eines korrekten historischen Bewußtseins in Bezug auf den Faschismus untergraben.

Lutz KLINKHAMMER (Rom) hat in seinem Referat über *Die Ahndung von Kriegsverbrechen in Italien nach 1945* dargelegt, wie es möglich war, daß angesichts Tausender ermordeter italienischer Zivilisten zwischen 1943 und 1945 und Hunderten von möglichen Verfahren (die Militär-Generalstaatsanwaltschaft in Italien eröffnete 2274 Ermittlungsverfahren) nur eine verschwindend

geringe Zahl von Prozessen gegen deutsche Soldaten oder Waffen-SS-Männer geführt wurde. Die Antwort ist im Kampf der italienischen Regierung gegen einen der Paragraphen des Friedensvertrags von 1947 zu suchen: Italien hatte zwar zustimmen müssen, daß auch italienische Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen seien, doch bemühten sich die italienischen Nachkriegsregierungen darum, eine Bestrafung von Italienern im Ausland zu verhindern. Auslieferungsbegehren wurden verweigert mit dem Hinweis, daß man in Italien selbst gegen die Betroffenen vorgehen wolle. Von dieser Haltung der italienischen Regierung profitierten zahlreiche Deutsche, deren Namen wegen Kriegsverbrechen in Ermittlungsakten der italienischen Polizei und der Carabinieri landeten. Um die öffentliche Debatte wegen Kriegsverbrechen zu vermeiden, wurde auch der ehemalige Achsenpartner geschont. Hunderte von Ermittlungsverfahren wurden verschleppt und schließlich rechtswidrig eingestellt

Der Vortrag von **Martin SABROW** (Berlin) zum Thema *Entsorgung durch Entnationalisierung? Überlegungen zur Europäisierung der deutschen Vergangenheit* beschloß die Sektion. Sabrow diskutierte die Ablösung der nationalgeschichtlichen "Meistererzählung" durch einen stärker auf Europa zentriertes Geschichtsbild auf allen Ebenen der historischen Erkenntnis und Vermittlung. Der Beitrag erörterte am Beispiel von Zerstörung und Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche, wie sich der Gegensatz zwischen einer machtsstaatlichen Sicht auf die deutsche Vergangenheit und ihrer sozialistischen Gegenerzählung im Schicksal dieser Kirche niederschlägt. In einem zweiten Schritt erörterte Sabrow die vergangenheitspolitischen Auswirkungen einer „historischen Europäisierung“ in der Gegenwart für den „leeren Erinnerungsort“ Garnisonkirche, bevor er abschließend die Folgen dieses paradigmatischen Wechsels für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Jetztzeit behandelte.

Die sechste Sektion *Das Ende des Kalten Krieges 1989/90 und seine Folgen für Europa* wurde vom Referat von **Klaus-Dietmar HENKE** (Dresden) über *Ursache, Anlaß und Verlauf der Revolution in Deutschland 1989/90* eröffnet. Henke ist der Frage nachgegangen, wieso es in Deutschland zu der Revolution von 1989 kam und weshalb sie erfolgreich war. Sie war die Voraussetzung der Wiedervereinigung, mit der die sogenannte Deutsche Frage endgültig beantwortet wurde. Henke konzentrierte sich ganz auf die Voraussetzungen und den Durchbruch der Revolution zwischen August und November 1989. Das Alte Regime brach damals nicht einfach zusammen, es wurde von innen aufgebrochen. Schon in der zweiten Hälfte der 80er Jahre existierte keine einzige der vier Voraussetzungen (Finanzierbarkeit der Sozial- und Konsumpolitik; Legitimitätsglaube; Abgrenzung gegenüber dem westlichen Schlaraffenland; die Sowjetunion als Regimesicherung), die das weitere Funktionieren der Diktatur Honeckers ermöglicht hätte. Die Revolution in Deutschland entzündete sich an dem ältesten Gebrechen der SED-Diktatur: an der Entschlossenheit zu vieler Menschen, der DDR den Rücken zu kehren. Im Sommer 1989 geriet der Exodus außer Kontrolle. Ohne die Massenflucht aus dem Lande wäre es nicht zu den Massenprotesten im Lande gekommen, die sich im Herbst 1989 vor allem in den revolutionären Zentren Leipzig und Dresden entfalteten. Am 8. November trat das Politbüro der SED zurück. Am 9. November erfolgten die bekannten Ereignisse an der Berliner Mauer. Nachdem die Menschen in Ostdeutschland ihre Selbstbefreiung durchgesetzt hatten, riefen sie: "Wir sind ein Volk!" Auf die Freiheit sollte die Einheit folgen. Das gelang tatsächlich.

Lucio CARACCILO (Rom) begann sein Referat *Gli usi politici della germanofobia: fra Europa e Euro* (Die politische Verwendung der Germanophobie: zwischen Europa und Euro), mit der Feststellung, daß ohne die Angst vor Deutschland heute keine Europäische Union bestünde. Er fügte jedoch sofort hinzu, daß wir ohne die Überwindung dieser Angst Europa nicht aus der Untiefe

herausholen können, in die es nach Maastricht geraten ist. Das Europa des Euro ist - so Caracciolo - das extreme Ergebnis einer Idee, die darauf basiert, Deutschland Schranken aufzuerlegen. Eine gemäßigte, aber beständige Germanophobie ist auch heute noch in Paris, London, Rom, Madrid und sogar in Berlin in Umlauf; ihre akuteste Manifestierung fiel offensichtlich mit der unerwarteten Geburt eines deutschen Nationalstaates zusammen. Caracciolo konzentrierte sich insbesondere auf die geopolitischen Folgen zweier besonderer "Ängste vor Deutschland", die französische und englische, ohne die dritte sehr seltsame Germanophobie, die deutsche, aus den Augen zu verlieren. Es sind dies die Protagonisten des auf Maastricht gegründeten Integrationsprozesses. Zehn Jahre danach stellt sich jedoch heraus, daß die teils auch von anderen Europäern geteilte Angst der Briten und Franzosen übertrieben gewesen ist. Vor allem ist heute allen klar, daß die Idee, Deutschland durch Maastricht an Europa zu ketten, eine Illusion ist. Die Europäische Union verfügt nicht über genügend magnetische Kräfte, um die politischen Entscheidungen ihrer Mitglieder zu bestimmen. Und dieses Defizit kann von keiner anderen Institution ersetzt werden.

Es folgte das Referat von **Wilfried LOTH** (Essen) über *Michail Gorbatschow, Helmut Kohl und die Lösung der deutschen Frage 1989/90*. Loth stellte bereits eingangs fest, daß die treibende Kraft bei der Lösung der deutschen Frage 1989/90 das Volk der DDR war. Politiker haben sie nur mitgestaltet - soweit sie bereit waren, rechtzeitig auf die Bewegung in der untergehenden DDR einzugehen. Michail Gorbatschow musste hier erhebliche mentale und machtpolitische Hürden überwinden. Im Programm der "Perestroika" war die Lösung der deutschen Frage noch nicht enthalten. Gorbatschow kämpfte bis zur dritten Januarwoche 1990 für den Erhalt der DDR. Dann schaltete er auf die deutsche Einheit um, wobei er hoffte, sie mit seiner Initiative für eine "Konferenz der Sechs" (aus der dann die "2+4-Konferenz" wurde) gestalten zu können. Über die Form der Einheit wurde in Moskau heftig gestritten. Gorbatschow gehörte zu denen, die sich gegen eine Ausdehnung der NATO auf das bisherige DDR-Territorium wehrten; er hoffte auf eine weitgehende Auflösung der beiden Bündnissysteme in einem "Europäischen Haus". Dies wollte Helmut Kohl bei allem Interesse an einer stabilen Partnerschaft mit der Sowjetunion nicht zugestehen, ebenso wenig wie George Bush, der offensiv für die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands arbeitete. Die Chancen für Gorbatschows Programm sanken zwischen März und Mai 1989. Gorbatschow setzte letzte Hoffnungen auf François Mitterrand; als dieser ihm aber deutlich machte, daß die Entscheidung de facto schon gefallen war, fügte er sich in das Unvermeidliche. Dem deutschen Bundeskanzler wurden die Zugeständnisse erst nach sorgfältiger Vorbereitung bei der Begegnung im Kaukasus präsentiert.

Joachim SCHOLTYSECK (Bonn) beschloß die Sektion mit einem Referat über *Die Reaktion der DDR auf die politischen Veränderungen in Europa in den Jahren 1989/90 und die Ostberliner außenpolitischen Konzepte*, in dem er einleitend bemerkte, daß sich eine außenpolitische Revolution innerhalb einer Zeitspanne von zwei Jahren im „zweiten deutschen Staat“ vollgezogen hat. In diesen beiden Jahren gab es in der DDR drei verschiedene Regime bzw. Regierungen, deren Akteure erstens über jeweils andere ideologische Voraussetzungen verfügten, zweitens die unterschiedlichsten Ziele verfolgten und drittens jeweils andere Handlungsspielräume besaßen. In seinem Referat hat Scholtyseck in Anlehnung an die drei Regierungen drei Phasen unterschieden. Als erstes die Außenpolitik unter dem Regime Honecker, als zweites die Amtszeiten von Egon Krenz und Hans Modrow und abschließend die Regierung de Maizière. Abschließend hob Scholtyseck hervor, daß die Frage, ob die DDR in dem behandelten Zeitraum überhaupt noch eine Chance hatte und außenpolitisch handlungsfähig war, umstritten ist. Ihre Beantwortung hängt wesentlich davon ab, bis wann die Existenz eines „zweiten deutschen Staates“ vorstellbar war.

Letztlich ist sie eine ebenso nur akademisch zu beantwortende Frage wie die Überlegungen, wann der Kalte Krieg geendet hat.

Die siebte und letzte Sektion der Studienwoche war einer Podiumsdiskussion zum Thema *Europa heute. Bilanz und Perspektiven* gewidmet, an der sich **Giorgio CRACCO** (Trient/Turin), **Jens PETERSEN**, **Paolo POMBENI**, **Gian Enrico RUSCONI** und **Hans WOLLER** beteiligten. Im Laufe der Diskussion wurde eine erste Bilanz der vergangenen fünf Tage, die reich an neuen Ansätzen, Vertiefungen und auch Provokationen waren, aufgestellt.

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2003, Nr.011
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/011-03.pdf>